



HESSISCHER LANDTAG

24. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend "Operation Düstere Zukunft II" durch finanzielles Ausbluten der hessischen Kommunen

Seit dem Jahr 2000 wird das Verhältnis der Landesregierung zu den hessischen Kommunen in besonderer Weise dadurch geprägt, dass den Gemeinden, Städten und Landkreisen entweder zusätzliche Aufgaben übertragen wurden - ohne dass diese gleichzeitig einen angemessenen finanziellen Ausgleich erhielten -, dass auf der kommunalen Ebene Landeszuwendungen und -zuschüsse gestrichen wurden, die von den Kommunen gänzlich oder teilweise aufgefangen werden mussten, und dass der finanzielle Handlungsspielraum der hessischen Kommunen durch eine Veränderung des Gemeindefinanzrechts zusätzlich beschnitten worden ist.

Dieses kommunalfeindliche Verhalten wollen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP auch in dieser Legislaturperiode unverändert fortsetzen. So sieht der die Regierungspolitik bestimmende Koalitionsvertrag von CDU und FDP nicht nur eine Benachteiligung leistungsstarker Kommunen durch eine erhöhte Beteiligung am Länderfinanzausgleich vor, sondern die Landesregierung beabsichtigt darüber hinaus, zum Jahr 2011 den Kommunen weitere 400 Mio. € aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu entziehen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es auch im Interesse des Landes Hessen sein muss, die finanzielle Leistungsfähigkeit der hessischen Gemeinden, Städte und Landkreise zu erhalten und zu stärken.
2. Der Hessische Landtag lehnt daher die fortgesetzte kommunalfeindliche Haltung der Landesregierung, die dazu geführt hat, dass den hessischen Kommunen seit dem Jahr 2000 Hunderte Millionen von Euros entzogen worden sind, ab.
3. Der Hessische Landtag lehnt eine zusätzliche Absenkung der Leistungen an die Kommunen im KFA um 400 Mio. € ab dem Jahr 2011 nachdrücklich ab.

Wiesbaden, 23. Juni 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel